

Teilhabe jüngerer Menschen in einer alternden Gesellschaft

Podiumsdiskussion des Bundesjugendkuratoriums

Wann: am 5.10.2023 um 19 Uhr

Wo: im Friedenssaal Osnabrück

Mit:

- **Prof. Dr. Ute Klammer**, Professorin für Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen
- **Ruprecht Polenz**, CDU-Politiker und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
- **Marie Borst**, Studentin der Volkswirtschaftslehre in Magdeburg und Ehrenamtliche im Projekt „Jugend Macht Zukunft“, Mitglied des Bundesjugendkuratoriums
- **Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani**, Professor für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück, Mitglied des Bundesjugendkuratoriums
- **Baro Vicenta Ra Gabbert**, Juristin, Gründerin und Vorstand der Climate Clinic e. V., Hamburg, Mitglied des Bundesjugendkuratoriums
- **Nadja Rückert**, Kinder- & Jugendreferentin der ev. Kirchengemeinde Köln-Klettenberg (EKiR) Mitglied des Bundesjugendkuratoriums

Worum geht es:

Mit dem Begriff „Generation“ werden Gesellschaften nach zeitlichen Zusammenhängen geordnet. Das Bundesjugendkuratorium will die inhaltlichen Fragen, die mit einem sich verändernden Generationenverständnis einhergehen, offen diskutieren und einen gesellschaftlichen Diskurs anregen.

Der demographische Wandel, der bereits seit den 1970er-Jahren vorausberechnet wurde, stellt Politik und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen und wirft grundsätzliche Fragen nach der Generationengerechtigkeit auf, die bisher kaum thematisiert werden. Wir sehen strukturelle Problemfelder auf drei Ebenen und die Notwendigkeit der Neuaushandlung des Prinzips der Generationengerechtigkeit, die wir hiermit öffentlich zur Diskussion stellen wollen.

Problemfeld 1: Demokratie

Es liegt schon jetzt eine altersbezogene Schiefelage im Hinblick auf demokratische Gewichte vor, die sich weiter verstärken wird. Denn während in den nächsten 15 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter übergehen, entsteht nicht nur eine enorme Lücke auf dem Arbeitsmarkt, sondern zeitgleich auch eine enorme Verschiebung der demokratischen Kräftefelder: Die größte Wählergruppe ist dann nicht nur relativ alt, sondern auch nicht mehr systematisch im Erwerbsleben aktiv. Dann stellen sich grundsätzliche Fragen in Zusammenhang mit politischen Verteilungs- und Zielkonflikten, etwa: Wohin sollen knappe Ressourcen gehen und wo wird eingespart? Aber auch noch grundsätzlicher: Wie risikobereit, zukunftsorientiert, nachhaltig und dynamisch kann die Demokratie dann noch sein?

Mitglied

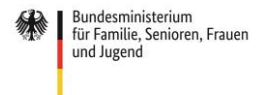
des Bundesjugendkuratoriums
Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik
Tel. +49 89 62306-353

bundesjugendkuratorium@dji.de
www.bundesjugendkuratorium.de

**Vorstand des
Bundesjugendkuratoriums:**
Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Daniela Broda
Baro Vicenta Ra Gabbert

Gefördert vom:



München,
11. September 2023

Welche Folgen diese demografischen Veränderungen auf politische Entscheidungsprozesse, Generationenfragen und auf die demokratische Kultur insgesamt haben, lässt sich nicht voraussagen. Umso dringender ist es, dieses Strukturproblem zu diskutieren und sich heute mit der Diskrepanz zwischen dem abnehmenden quantitativen Gewicht junger Menschen auf der einen und ihrer zunehmenden Bedeutung auf der anderen Seite auseinanderzusetzen.

Problemfeld 2: Sozialstaat

Die Folgen des demografischen Wandels für den Sozialstaat und die öffentlichen Finanzen sind im allgemeinen Bewusstsein verankert. Bisher wurden jedoch kaum belastbare Strategien entwickelt oder gar Maßnahmen ergriffen, die sowohl das fiskalische Problem, als auch die institutionellen und personellen Herausforderungen adressieren. Die Alterung der Bevölkerung geht nämlich nicht nur mit immer höheren Sozialstaatsausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege einher, sondern auch mit einem systemischen Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesystem sowie in der Care-Arbeit und mit einer notwendigen Erweiterung der entsprechenden Infrastrukturen (Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen usw.).

Gleichzeitig ist das Bildungssystem in einem nicht akzeptablen Zustand, was neben den demografischen Veränderungen den Fachkräftemangel zusätzlich verstärken wird. Zudem müssen Erwerbstätige das Kunststück vollbringen, sich um Kinder und Alte zu kümmern, um die fehlenden Infrastrukturen auszugleichen, und dabei gleichzeitig die steigenden Staatsausgaben durch Steuern und Beiträge zu erwirtschaften. Die Konsolidierungs- und Austeritätspolitik wurde durch eine erhebliche Reduktion an zukunftsorientierten Investitionen in Bildung, Klimaschutz, nachhaltige Mobilitäts- und Energiepolitik usw. geprägt. Gleichzeitig ist Kinderarmut auf sehr hohem Niveau stabil und es lässt sich bereits jetzt absehen, dass Altersarmut ein wachsendes sozialpolitisches Problem werden wird.

Diese strukturellen Probleme des Sozialstaats und der öffentlichen Finanzen sind bereits evident und werden sich in den nächsten Jahrzehnten stetig und wechselseitig verstärken. Betrachtet man diese Befunde zusammen mit jenen zu Problem-feld 1, also den (alters-)strukturellen Schiefagen der Demokratie, erkennt man deutlich, dass sich Handlungsspielräume und Zeitfenster zunehmend schließen, je länger diese strukturellen Probleme nicht angesprochen werden.

Problemfeld 3: Aufwachsen in Widersprüchen

Es zeigt sich, dass das Aufwachsen in einer alternden Gesellschaft von Widersprüchen geprägt ist. Auf der einen Seite ist das direkte Verhältnis zu älteren Generationen in vielerlei Hinsicht deutlich entspannter als in vergangenen Zeiten. Das zeigt etwa der Befund, dass der überwiegende Teil der jungen Menschen, die eigenen Kinder weitgehend genauso erziehen möchte, wie es ihre Eltern bei ihnen gemacht haben. Auf der anderen Seite stehen aber die beiden oben genannten Strukturprobleme, die dazu führen, dass ihre Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven wenig berücksichtigt werden.

Auf der individuellen Ebene haben junge Menschen deutlich mehr Chancen und Möglichkeiten der Lebensgestaltung und der beruflichen Entwicklung, aber auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene empfinden sich jüngere Generationen häufig auf die Zuschauerrolle zurückgeworfen, während sie von den aktuellen Krisen und Entscheidungen am stärksten betroffen sein werden.

Entsprechend lässt sich eine starke Spreizung der Reaktionen beobachten: Unterschiedliche Formen der Politisierung und des Protests, aktives soziales Engagement, aber auch verschiedene Radikalisierungstendenzen oder auch politische Abstinenz.

Update „Generationengerechtigkeit“

Die Altersgruppen der Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsenen sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen einerseits quantitativ relativ klein, andererseits im Hinblick auf ethnischen, kulturelle und sprachliche Diversität, aber auch bezüglich der soziokulturellen Lebensbedingungen wesentlich heterogener. Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen und einer ungewissen Zukunft lässt sich kaum nachvollziehen, dass die relevanten Infrastrukturen im Bildungsbereich in einem teilweise desolaten Zustand, dass die politischen Bemühungen um Chancengerechtigkeit relativ verhalten und die Strukturen politischer Partizipation Jüngerer kaum wahrnehmbar sind.

Zu fragen wäre entsprechend, ob es rechtlich bindende, also aus dem politischen Wettbewerb herausgelöste Grundrechte für Jüngere geben sollte – vergleichbar mit dem (eigentlich anders gemeinten, aber dennoch passenden Begriff) „Minderheitenschutz“. In diese Richtung ließen sich eine Reihe von Entwicklungen interpretieren, u.a. die Forderung nach Kinderrechten im Grundgesetz, dem Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Ganztagsangebote, aber auch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere zum Recht auf Bildung (auch Bildungsqualität) sowie zur Modifikation des Klimaschutzgesetzes, bei dem aus der Urteilsbegründung deutlich hervorgeht, dass eine verzögerte Emissionsminderung die Freiheitsrechte Jüngerer unzulässig einschränke.

Eine Rückbesinnung auf die zentrale Idee des gesellschaftlichen Generationenvertrags erscheint zwingend erforderlich. Die Jüngeren sollen in den nächsten 30 Jahren Demokratie und Gesellschaft durch ungewisse, aber ganz sicher schwierige Zeiten manövrieren und stabilisieren. Ob dafür die richtigen Weichen gestellt wurden und werden, sollte kritisch hinterfragt werden.

Im Namen der Arbeitsgruppe Generationenpolitik des Bundesjugendkuratoriums:

Marie Borst, Daniela Broda, Aladin El-Mafaalani, Baro Vicenta Ra Gabbert, Nikolas Karanikolas,
Nadja Rückert, Melissa Sejdí

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an:

Dr. Pia Jaeger
Projektleitung

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Tel.: 089/62306-353

pjaeger@dji.de